

Positionen und Initiativen zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik

der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Inhalt



S. 16 Restitution von Kulturgütern aus kolonialem Kontext



S. 14 Internationale Wissenschaftskooperation

S. 4 **1. Zwischen Besinnung und Kurswechsel – Positionen zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag**

- 1.1. Unsere Traditionen und Errungenschaften verteidigen
- 1.2. Hochschulranking verbessern
- 1.3. Postkolonialismus beleuchten

S. 8 **2. Goethe-Institut**

- 2.1. Förderung unserer kulturellen Identität
- 2.2. Förderung der deutschen Sprache

2.3. Aufarbeitung geschichtlicher Fragestellungen

S. 12 **3. Deutsche Auslandsschulen**

S. 14 **4. Internationale Wissenschaftskooperation**

S. 16 **5. Restitution von Kulturgütern aus kolonialem Kontext**

S. 18 **6. Deutsche Welle**

S. 20 **7. Die deutsche Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik – Vorstellungen und Wirklichkeit**

- 7.1. Der Auftrag unserer Bildungsstätten im Ausland

7.2. Unser Auftrag in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik

7.3. Unsere Erfolge im Ausschuss für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik

S. 24 **8. Die Freiheit, die wir meinen**

Vorwort



Die AfD-Bundestagsfraktion setzt sich in ihrer parlamentarischen Arbeit mit Anträgen, Kleinen und Großen Anfragen sowie Gesetzentwürfen dafür ein, dass nicht länger gesinnungsethische Maximen und Vorgaben die Politik in Deutschland bestimmen, sondern dass staatliches Handeln wieder zu einer realistischen Wahrnehmung der Wirklichkeit und zu interessengeleiteten Leitlinien und Positionen zurückfindet. Eine solche Politik agiert pragmatisch, aber vor allem auch respektvoll gegenüber anderen Lebensmodellen als dem westlichen.

Heimat ist dort, wo man sich nicht erklären muss. Daraus erwächst unsere Kraft. Diese Welt wollen wir bewahren – deshalb beziehen wir in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik die Positionen, die in dieser Broschüre zusammengefasst sind.

Marc Jongen

Dr. Marc Jongen MdB
*Kulturpolitischer Sprecher der
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag*

Berlin, im September 2023

Matthias Moosdorf

Matthias Moosdorf MdB
*Mitglied im Unterausschuss Auswärtige
Kultur- und Bildungspolitik des Deutschen
Bundestages*

Berlin, im September 2023

1. Zwischen Besinnung und Kurswechsel – Positionen zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag



Alexander von Humboldt, Weltreisender und Universalgelehrter, galt als bedeutendster Naturforscher seiner Zeit. Bis heute steht sein Name sinnbildlich für Entdeckergeist und Neugier auf andere Kulturen. (Humboldt-Denkmal in Quito, Ecuador)

Im Rahmen einer der zahlreichen parlamentarischen Initiativen gegen das »fragwürdige Europa-modell« fordert die AfD-Fraktion in ihrem Antrag vom 29. Januar 2020 dazu auf, in Brüssel gegen die EU-Richtlinie 2019/1937 vom 23. Oktober 2019 zu klagen, die den Schutz von Personen gewährleisten soll, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden.

Drucksache 19/16857

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/168/1916857.pdf>



Der Antrag der AfD-Fraktion vom 11. Dezember 2019 »Die deutsche Kolonialzeit kulturpolitisch differenziert aufarbeiten« ist eine der vielen Initiativen, in denen der einseitigen postkolonialistisch gefärbten Sicht auf die deutsche Kolonialgeschichte eine differenzierte Betrachtungsweise entgegengestellt wird.

Drucksache 19/15784

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/157/1915784.pdf>



Dass die besten deutschen Hochschulen in den internationalen Rankings abgeschlagen sind, bringt die AfD-Bundestagsfraktion in ihrem Antrag vom 8. Februar 2021 zur Sprache. Sie fordert darin, die »Exzellenzstrategie grundsätzlich neu zu konzipieren«.

Drucksache 19/26487

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/264/1926487.pdf>



1.1. Unsere Traditionen und Errungenschaften verteidigen

Deutschland investiert sehr viel Geld in eine neue, überarbeitete Sicht auf sich selbst. Dabei sind unsere Geschichte, unsere Werte und kulturellen Errungenschaften einzigartig und weltweit oft ein Vorbild für andere Gesellschaften. Die Zahl der deutschen Weltkulturerbestätten übersteigt die vieler anderer Länder um ein Vielfaches. Auch das Modell unseres Zusammenlebens sowie unsere Auffassung von Recht, Demokratie und sozialer Solidarität waren oft beispielgebend. Was jedoch derzeit im Hinblick auf Deutschlands Selbstbild kommuniziert wird, hat paradoxerweise immer mehr mit Schuld und Selbstverleugnung zu tun – bis hin zur Aufgabe der eigenen Verfasstheit zugunsten eines fragwürdigen Europamodells. Dabei ist gerade unser historisch gewachsener Kontinent ein Beispiel für Vielfalt und Schöpfertum. Heimat und Kultur sind natürliche nationale Herzensangelegenheiten. Es gibt keine Zukunft ohne Herkunft: Für jemanden, der mit offenen Augen und Ohren unseren Erdball bereist, ist das eine allgemeingültige Maxime.

Alle gesellschaftlichen Großprojekte der Bundesregierung – von der Energiewende über die soziale Transformation bis zur Elektromobilität, von der multikulturellen Welt bis zur Eurorettung, von der Willkommenskultur

bis zur Klimarettung – wurden weitgehend ohne Bezug zur Machbarkeit und Realität geplant. Unsere sogenannte »wertebasierte« Außenpolitik findet nicht einmal in unseren Nachbarländern Resonanz, von der restlichen Welt ganz zu schweigen. Die vom ehemaligen Außenminister Heiko Maas kurz vor dem Fall Kabuls zitierte »selbstbewusste afghanische Zivilgesellschaft«, die eine Rückkehr der Taliban verhindern sollte, ist ein Menetekel unserer verzerrten Wirklichkeitswahrnehmung.

Wir brauchen keine neuen »deutschen Sonderwege«. Die diesen Plänen entgegengebrachte Skepsis hat nichts mit Spaltung zu tun, sondern mit gesundem Menschenverstand. Inszenierte »Macher« entpuppen sich häufig nur als ideologische Aktionisten. Wohin solche Experimente führen, haben wir im letzten Jahrhundert leidvoll erfahren müssen.

1.2. Hochschulranking verbessern

Im weltweiten Ranking der besten Universitäten taucht das einstige Land der Denker und Ingenieure unter den ersten 50 Plätzen nicht mehr auf. Schulische Bildung, universitäre Lehre und Forschung – Basis unseres Wohlstands und Ansehens in der Welt – schwinden. Statt in die Zukunft zu investieren und Visionen zu entwickeln, stecken wir in der Suche nach Geschlechteridentitäten fest. Von einem Land, das über Jahrhunderte hinweg Geis-

tes- und Technikgeschichte geschrieben hat, rutschen wir in die Beobachterrolle. Denken, Meinen, Forschen und konstruktives Streiten bedürfen jedoch der Initiative und Offenheit, keiner Schablonen von Gefolgschaft.

1.3. Postkolonialismus beleuchten

Bei der – ohne Zweifel sinnvollen – Aufarbeitung unseres kolonialen Erbes dürfen wir dessen Doppelgesichtigkeit nicht verkennen. Viele zivilisatorische Marksteine, die der Wes-

ten hinterlassen hat, bieten in den einstigen Kolonien noch heute Orientierung. Zudem hat sich gezeigt, dass Kooperationen in der Regel viel nachhaltiger als einmalige Symbolakte gesinnungsethischer Wiedergutmachung sind.

»Die Kultur- und Medienpolitik in Deutschland ist seit Langem linksideologisch geprägt. Durch Massenzuwanderung, linke Identitätspolitik, ›Cancel Culture‹ und Gender-Ideologie ist die deutsche kulturelle Identität bedroht und wird von der Regierung sogar offen infrage gestellt. Das Ziel der AfD-Fraktion im Kultur- und Medienausschuss besteht darin, diese Ideologie, aber auch den Einfluss der Parteien insgesamt auf Kultur und Medien zurückzudrängen. Stattdessen wollen wir die deutsche kulturelle Identität bewahren und stärken. In der Erinnerungspolitik wollen wir auch die lichtvollen Abschnitte unserer Geschichte und nicht nur den Schatten berücksichtigt wissen. Die deutsche Medienordnung wollen wir grundlegend reformieren, um echte Unabhängigkeit und Staatsferne der Medien herzustellen.«



Dr. Marc Jongen MdB

*Kulturpolitischer Sprecher der
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag*



Nicht mehr Weltspitze: Die deutschen Universitäten genossen jahrhundertlang einen exzellenten Ruf. Die Ideologisierung von Forschung und Lehre hat sie jedoch nachhaltig beschädigt. (Universität Heidelberg, gegründet 1386)

2. GOETHE- INSTITUT



Die Goethe-Institute sollen die deutsche Sprache und Kultur in die Welt tragen – nicht aber Cancel Culture, politische Korrektheit oder grüne Glaubenslehren. (Goethe-Institut in Prag)

2.1. Förderung unserer kulturellen Identität

Für die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag soll das Goethe-Institut Deutschlands Schaufenster in der Welt sein. Sie fühlt sich dessen Satzung verpflichtet, die »Kenntnis der deutschen Sprache« zu fördern, Deutschlands »internationale kulturelle Zusammenarbeit« zu pflegen und »ein umfassendes Deutschlandbild durch Informationen über das kulturelle, gesellschaftliche und politische Leben« zu vermitteln.

Jeder Sprache und Literatur, jeder Kunst und Musik – kurz: allem, was gemeinhin als »Kultur« gilt – wohnen besondere Traditionen und Mentalitäten inne, die ihre Ursprünge in klar bezeichneten Räumen haben und sich fortentwickeln. Diese Traditionen und Mentalitäten formten auch die kulturelle Identität der Deutschen, die im Bewusstsein um die eigene Geschichte zum Ausdruck kommt und sich bis in die jüngste Zeit hinein als – nach Rupert Scholz – »maßgebendes politisches Integrationsprinzip« erhielt.

Diese kulturelle Identität ist heute allerdings auf vielfältige Weise gefährdet: zum Beispiel durch linksideologisch motivierte Versuche, in Deutschland ein politisch-korrektes, feministisches oder »queeres« Sprachregime zu errichten; durch den Versuch, nur vereinfachende Sichtweisen auf unsere Vergangenheit, wie etwa die des Postkolonialismus, zuzulassen; oder auch durch den Versuch – aus Sorge, aufgrund der problematischen Seiten unserer Geschichte falsch verstanden zu werden –, sich in eine als »weltoffen« verstandene Kunst und Literatur zu flüchten, die bewusst die eigenen Traditionen vernachlässigt oder gar verneint.

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag sieht es daher als vornehmliche Aufgabe des Goethe-Instituts an, die kulturellen Traditionen der Deutschen wieder stärker sichtbar zu machen. Dies schließt naturgemäß alle Entwicklungen und Erscheinungsformen mit ein, die aus diesen kulturellen Traditionen heute im Alltag sowie in der zeitgenössischen Kunst und Literatur in Deutschland entstehen.

2.2. Förderung der deutschen Sprache

In einer neuen unvoreingenommenen, doch stets kritischen Sicht auf unsere Identität und Geschichte, soll neben den vielfältigen Veranstaltungs- und Förderaktivitäten des Goethe-Instituts auch den Deutschkursen eine besondere Rolle zukommen.

Angesichts der auch in Deutschland zu beobachtenden Tendenz zunehmender politischer und gesellschaftlicher Desintegration ganzer Teile der Bevölkerung, sprechen wir uns dafür aus, dass die Deutschlehrer am Goethe-Institut im Unterricht – so wie es Martin Luther, der Erneuerer der deutschen Sprache, gewollt hat – wieder das Einende und Verbindende der deutschen Sprache in den Vordergrund rücken, anstatt ein bevormundendes politisch-korrektes oder geschlechtergerechtes Minderheitenidiom zu vermitteln, das die Sprachgemeinschaft weiter spaltet.

2.3. Aufarbeitung geschichtlicher Fragestellungen

Wir verstehen darüber hinaus das Goethe-Institut als einen Ort notwendiger Debatten, in denen – gerade in seinen Repräsentanzen in Afrika, Asien und Südamerika – über heute als »dunkel« betrachtete Epochen der deutschen Geschichte, wie etwa die Kolonialzeit, wieder differenziert gestritten und geurteilt werden soll.

Trotz dieser neuen diskursiven Funktion, die wir dem Goethe-Institut zumessen, sind wir uns bewusst, dass das Goethe-Institut auch in Ländern tätig ist, in denen es vollkommen andere kulturelle Traditionen sowie zum Teil tiefgreifende politische Konflikte gibt und dass die Mitarbeiter des Goethe-Instituts bei aller Wertschätzung, die ihnen entgegengebracht wird, dort zunächst nur Gäste sind.

Gerade in Zeiten großer weltpolitischer Spannungen mahnen wir daher umso mehr interkulturelle Sensibilität und diplomatisches Fingerspitzengefühl bei den Mitarbeitern des Goethe-Instituts an. Wir verwahren uns gegen alle ideologisch oder gar parteipolitisch

Zur Vorbereitung ihrer parlamentarischen Initiativen in der Kulturpolitik, insbesondere im Bereich Sprachpflege, fragt die AfD-Fraktion in der Kleinen Anfrage an die Bundesregierung vom 13. Januar 2022, welche Maßnahmen sie im Zeitraum vom 1. Oktober 2020 bis zum 30. September 2021 zur Förderung der deutschen Sprache unternommen habe.

Drucksache 20/426

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/004/2000426.pdf>



Der Ethnograf Gustav Nachtigal (1834-1885) widmete sich den Sprachen und Kulturen der afrikanischen Völker. Er war kaiserlicher Beamter in Deutsch-Westafrika und ein Gegner der Sklaverei. Für Postkolonialisten gilt er als Kolonialverbrecher, dessen Name von den Straßenschildern getilgt werden muss. (Nachtigal-Denkmal in Douala, Kamerun)

motivierten Bestrebungen, mit den Repräsentanten des Goethe-Instituts Unfrieden und Zwietracht im Ausland zu säen oder Entwicklungen Vorschub zu leisten, die unseren nationalen Interessen zuwiderlaufen.

Das Goethe-Institut soll eine interkulturelle Stätte der Begegnung, des Dialogs und des Austausches sein, wo mit Blick auf die globalen Vereinheitlichungs- und Nivellierungstendenzen gegenseitiger Respekt und wechselseitiges Verständnis herrschen, wo das Eigene auf das Fremde trifft und sich seiner selbst vergewissert. Oder, um es mit den Worten Wilhelm von Humboldts auszudrücken, wo man »sich in einem anderen erkennt«.

Die Stärkung der nationalen Identität steht im Zentrum des Antrags der AfD-Fraktion vom 21. April 2021 »Einen Nationalen Aktionsplan Kulturelle Identität auf den Weg bringen«.

Drucksache 19/28794

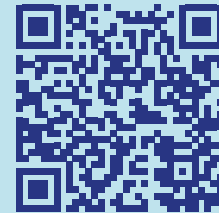
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/287/1928794.pdf>



Zur Vorbereitung ihrer parlamentarischen Initiativen im Bereich der Sprachpflege durch das Goethe-Institut fragt die AfD-Fraktion in ihrer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung vom 20. März 2019 nach »Werbung des Goethe-Instituts im Ausland für eigene Sprachkurse im Inland«.

Drucksache 19/8585

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/085/1908585.pdf>



»Die Identität eines Volkes hängt wesentlich mit seiner Sprache und seiner Kultur zusammen. Insofern sind die Goethe-Institute Konsulate der deutschen Identität im Ausland. Wir möchten, dass dort eine positive Identität vermittelt wird. Weltweit genießen deutsche Musiker, Dichter, Forscher und Denker einen exzellenten Ruf, die deutsche Kultur gehört zu den großen Hervorbringungen der Menschheit. In unserer Sprache sind grandiose Bücher geschrieben und die tiefsten Gedanken gedacht worden. Diese bedeutende Tradition muss fortgesetzt und gegen die aktuellen Angriffe der ›Wokeness‹ verteidigt werden – gerade in den Goethe-Instituten.«



Dr. Alexander Gauland MdB

*Ehrevorsitzender der AfD-Fraktion
im Deutschen Bundestag*

3. DEUTSCHE AUSLANDSSCHULEN



Die deutschen Auslandsschulen galten einst als hochangesehene und seriöse Bildungsstätten. Heute leiden sie unter Lehrermangel und ideologisierten Unterrichtsmethoden. (Deutsche Schule in Stockholm)

Die in 72 Ländern vertretenen rund 140 deutschen Auslandsschulen sollen ihrerseits – dem Beispiel des Goethe-Instituts folgend – Schaufenster Deutschlands in der Welt und ihre Lehrer Botschafter unserer Kultur sein. In erster Linie aber sollen dort Kinder von im Ausland lebenden deutschen Familien einen soliden Schulabschluss nach unseren heimischen Maßstäben erwerben können.

In den vergangenen Jahrzehnten hat das deutsche Auslandsschulwesen jedoch bedauerlicherweise an Qualität und Ansehen verloren: Ebenso wie an den Schulen in Deutschland herrscht auch an den Auslandsschulen Lehrermangel – was oftmals dazu führt, dass Lehrkräfte, die eigentlich von den Schulämtern in Deutschland entsandt werden sollten, durch einheimische Ortslehrkräfte ersetzt werden

müssen, um den Unterrichtsbetrieb aufrechtzuerhalten. Erschwerend kommt hinzu, dass die Bezahlung der Lehrkräfte an den Auslandsschulen wenig attraktiv ist. Außerdem werden aktuell an den deutschen Schulen im Ausland zunehmend jene Tugenden vernachlässigt, derentwegen über Jahrzehnte hinweg auch nichtdeutsche Eltern ihren Kindern dort einen Besuch ermöglicht haben: Disziplin, Pünktlichkeit sowie die Bereitschaft, hart zu arbeiten.

Angesichts dieser Entwicklungen ist es der AfD-Fraktion ein wichtiges Anliegen, die deutschen Auslandsschulen künftig wieder mit qualifizierten Lehrern auszustatten und ihnen eine attraktive Bezahlung zu garantieren, damit sie ihren Bildungsauftrag – wie ursprünglich vorgesehen – auf höchstem Niveau erfüllen können. In den Auslandsschulen soll unserer

Ansicht nach im Unterricht ein Deutsch vermittelt werden, das frei von politisch-korrektem und geschlechtergerechtem Vokabular ist. Darüber hinaus wollen wir dafür Sorge tragen, dass die Lehrkräfte auf bewährte pädagogische Konzepte zurückgreifen können, die – anders als viele Ansätze der »Neuen Lernkultur« – einen Bildungserfolg für eine größtmögliche Zahl von Schülern versprechen; denn nicht die »Neue Lernkultur« sichert diesen Bildungserfolg, sondern gut ausgebildete und motivierte Lehrer. Ideologisch gefärbte Lehransätze wie zum Beispiel der »Rahmenlehrplan der Vielfalt« oder in Deutschland höchst umstrittene Methoden wie das »Schreiben nach Gehör«, das »Lesen nach Anlauttabelle« oder die Über-

betonung »schülerorientierten Lernens« tragen hingegen nicht zum Bildungserfolg bei.

Schließlich wollen wir an den deutschen Auslandsschulen wieder ein pädagogisches Leitbild etablieren, das schulische Leistungen und ihren Vergleich betont, statt Unterschiede zu verleugnen; ein Leitbild, das die Erziehung der Schüler zu selbstständig denkenden Bürgern gewährleistet und vor allem ihre Allgemeinbildung fördert, statt vorrangig ihre Ausbildung in konkreten Berufen zu verfolgen – ein pädagogisches Leitbild also, das sich am humanistischen Bildungsideal Wilhelm von Humboldts orientiert.

»Auslandsschulen sind für die Verbreitung der deutschen Sprache und Kultur unverzichtbar.

Damit ist ihre Aufgabe definiert. Wir haben uns im Bundestag schon in der 19. Legislaturperiode gegen einen Antrag der Altparteien gestellt, der darauf abzielte, Auslandsschulen unter dem Deckmantel der Förderung politisch-ideologisch zu indoktrinieren. Wir sollten uns stattdessen darum kümmern, die deutschen Auslandsschulen mit qualifizierten Lehrkräften zu versorgen. Darüber hinaus muss die Autonomie der Auslandsschulen bestärkt werden, dafür müssen wir die Schulvorstände unterstützen.«



Nicole Höchst MdB

*Bildungspolitische Sprecherin der AfD-Fraktion
im Deutschen Bundestag*

4. Internationale Wissenschaftskooperation



Bildquelle: Humboldt-Stiftung - David Aussenhofer

Die Arbeit der Humboldt-Stiftung soll dem internationalen wissenschaftlichen Austausch in akademischer Freiheit statt der Politisierung von Wissenschaft dienen.

Das Deutsche Archäologische Institut, die Alexander von Humboldt-Stiftung, das Deutsche Historische Institut sowie der Deutsche Akademische Austauschdienst sind als deutsche Wissenschaftsorganisationen im Ausland tätig. Sie bringen den Austausch und die Zusammenarbeit von deutschen und ausländischen Wissenschaftlern in den verschiedensten Bereichen voran und haben somit, auch außerhalb des Wissenschaftsbetriebs, eine wichtige gesellschaftspolitische Funktion: Sie wecken und befördern gegenseitigen Respekt und Verständnis für unterschiedliche Kulturen, und sie sensibilisieren die internationale wissenschaftliche Gemeinschaft für die nationalen Interessen Deutschlands. Die deutschen Wissenschaftsorganisationen im Ausland können diese Funktion jedoch nur dann wirkungsvoll erfüllen, wenn sie die Wissenschaftsfreiheit als oberstes Prinzip anerkennen und ihrer Arbeit zugrunde legen.

Dieses Prinzip ist in der heutigen Zeit umso mehr geboten, da es in unserer immer komplexer werdenden Welt zu vielen wissenschaftlichen Fragen – wie dem anthropogenen

Anteil am Klimawandel, der biologischen Determiniertheit des Menschen oder der Interpretation historischer Fakten – unterschiedliche Auffassungen gibt. Dennoch erscheinen die Wissenschaften derzeit oft politisiert und ideologisiert, sodass es nicht selten zu Frage- und Denkverboten kommt und die sogenannte »Cancel Culture« den freien wissenschaftlichen Diskurs verhindert.

Für Förderer, Forscher und Lehrer der deutschen Wissenschaftsorganisationen im Ausland bedeutet das vor allem, dass sie wieder Mut zur Kontroversität, zur wirklichen Debatte und zum sachlichen Austausch rationaler Argumente zeigen müssen. Denn nur mit der Pluralität der verschiedensten wissenschaftlichen Ansätze, Methoden und Theorien, nur mit einer »Zusammenschau des Wissens« im Sinne des Soziologen Karl Mannheim, können heute auf viele wissenschaftliche Fragen überzeugende Antworten gefunden werden. Die deutschen Wissenschaftsorganisationen im Ausland dürfen sich nicht machtpolitischen Interessen unterordnen und dadurch als Vorposten deutscher auswärtiger Politik

fungieren. Wir unterstützen die sogenannte »Wissenschaftsdiplomatie« (Science Diplomacy), wenn es darum geht, vertrauensvolle Partnerschaften mit Wissenschaftlern in anderen Ländern zu schaffen und Lehre sowie Forschung zu fördern, damit dort der gesellschaftliche Wohlstand gedeiht und politische Stabilität herrscht. Wir lehnen sie hingegen ab, wenn dadurch offensiv angeblich universalistische Werte exportiert werden sollen, die den jeweiligen nationalen und regionalen Traditionen widersprechen und den politisch-gesellschaftlichen Zusammenhalt unterminieren. »Wissenschaftsdiplomatie« bedeutet für uns in erster Linie, in den verschiedensten Ländern der Welt den Frieden zu erhalten, deren staatliche und kulturelle Souveränität zu achten und sich nicht in ihre inneren und äußeren Konflikte einzumischen.

Der Wissenschaftsfreiheit kommt in den wissenschaftspolitischen Vorstellungen der AfD-Fraktion herausragende Bedeutung zu. Es gibt hierzu zahlreiche parlamentarische Initiativen. In ihrer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung vom 4. Juni 2018 benennt die AfD-Fraktion die »Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit durch politische Korrektheit«.

Drucksache 19/2533

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/025/1902533.pdf>



Mit einem neuen problematischen Verständnis sogenannter »Wissenschaftsdiplomatie« beschäftigt sich die Kleine Anfrage der AfD-Fraktion an die Bundesregierung vom 14. Februar 2023 »Bedeutung von Science Diplomacy für die Arbeit des Auswärtigen Amtes«.

Drucksache 20/5631

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005631.pdf>



»Wissenschaft ist international und dient in der Zusammenarbeit über Grenzen hinweg am besten dem Wohlergehen der Menschheit. Dabei darf sich die Wissenschaftsgemeinschaft weder ideologischen Zielen unterordnen noch von der Politik, dem Militär oder der Wirtschaft instrumentalisiert werden. In einer sich polarisierenden Welt werden Bestrebungen zur Vereinnahmung und Abschottung stärker. Mögen die Wissenschaftler, möge die Wissenschaft sich Freiheit und Unabhängigkeit bewahren und, wo nötig, neu erringen.«



Prof. Dr. Michael Kaufmann MdB

*Forschungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion
im Deutschen Bundestag*



5. Restitution von Kulturgütern aus kolonialem Kontext

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat im Jahr 2017 angekündigt, in französischen Museen ausgestelltes, angeblich geraubtes Kulturgut aus kolonialem Kontext in großem Stil an die Herkunftsländer zurückgeben zu wollen. Umgesetzt wurde davon bis heute zwar fast nichts; Macron hat damit aber öffentlichkeitswirksam postkolonialistischen Narrativen zum Durchbruch verholfen, die inzwischen auch den Diskurs in Deutschland dominieren. Diese Narrative stellen die koloniale Geschichte einseitig als Gewaltgeschichte einstiger Kolonialstaaten dar und lassen beispielsweise völlig unberücksichtigt, dass es auch die Kolonialmächte waren, die

der jahrhundertelangen Praxis der Sklaverei in Afrika ein Ende gesetzt haben.

Ganz im Sinne dieser einseitigen Schuldzuschreibungsnarrative wird in Deutschland eine »umfassende Aufarbeitung« gefordert, die von der Entwicklung eines »Konzeptes für einen Lern- und Erinnerungsort Kolonialismus« über »postkoloniale Leitfäden« für deutsche Museen und der Restitution von Kulturgut aus kolonialen Kontexten bis hin zur »Entkolonialisierung« unserer Städte und selbst unserer Sprache reicht. Spektakuläres Beispiel war jüngst die von Außenministerin Annalena Baerbock und Kulturstaatsministerin Claudia



Bilquelle: imago-images.de / phototek

Mit großem Brimborium gaben die grünen Ministerinnen Annalena Baerbock und Claudia Roth die Benin-Bronzen an Nigeria zurück. Doch anstatt die Bronzen – wie geplant – dem nigerianischen Volk in einem Museum zugänglich zu machen, übertrug die nigerianische Regierung die Eigentumsrechte an den Oba von Benine.

Roth medial in Szene gesetzte Verschenkung der Benin-Bronzen aus deutschen Museums-sammlungen. Es handelt sich hierbei nach Schätzungen um einen Wert im mehrstelligen Millionenbereich. Dieser Akt der Hypermoral ohne Rechtsgrundlage kann als Präzedenzfall für weitere umfassende Rückgaben gelten. Einem derartigen Umgang mit Kulturgut, um das sich in deutschen Museen Generationen von Kuratoren verdient gemacht haben, muss dringend Einhalt geboten werden.

Wir fordern deshalb nicht nur eine differenzierte Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte, sondern zudem die Einrichtung einer unabhängigen Gustav-Nachtigal-Kommission für Kulturgut aus kolonialem Kontext. Die Empfehlungen dieses Gremiums – orientiert am Vorbild der Limbach-Kommission, die sich mit Fragen der Rückgabe von NS-Raubkunst beschäftigt – sollen rechtlich keine bindende Wirkung haben, aber eine unmissverständliche Orientierung bieten. Nach dem Afrikaforscher und Reichskommissar für Deutsch-Westafrika, Gustav Nachtigal, soll die Kommission deshalb benannt werden, weil er bis heute – wie es Angelika Tunis formuliert – als »eine der menschlichsten Gestalten

unter den Großen der Entdeckungsgeschichte Afrikas« betrachtet wird. Ziel der Arbeit dieser Kommission muss es sein, in der Frage der Rückgabe von Sammlungsgut aus kolonialem Kontext stets die geltende Rechtslage zu beachten und Restititionen nur in wohlbegründeten Ausnahmefällen zu gewähren.

Den Antrag zur »Einrichtung einer unabhängigen Beratenden Gustav-Nachtigal-Kommission für Kulturgut aus kolonialem Kontext« stellte die AfD-Fraktion am 28. September 2022 im Deutschen Bundestag.

Drucksache 20/03696

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/036/2003696.pdf>

In ihrem Antrag vom 16. Februar 2022 beleuchtet die AfD-Fraktion die genauen Umstände, unter denen die sogenannten »Benin-Bronzen« nach Europa gelangt sind und wendet sich gegen ihre – später von der Bundesregierung vollzogene – Restitution.

Drucksache 20/00705

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000705.pdf>

6. DEUTSCHE WELLE

Skandal um mutmassliche Holocaust-Leugner und Antisemiten im deutschen Auslandsrundfunk

Die steuerfinanzierte Deutsche Welle der ARD leitet wegen schwerwiegender Vorwürfe eine externe Untersuchung ein – und befeuert die Diskussion um Antisemitismus in deutschen Medien.

Die Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag tritt für die Wiederherstellung des deutschen Auslandssenders nach den Prinzipien des Deutsche-Welle-Gesetzes ein: »Die Angebote der Deutschen Welle sollen Deutschland als europäisch gewachsene Kulturnation und freiheitlich verfassten demokratischen Rechtsstaat verständlich machen« (Deutsche-Welle-Gesetz, § 4). Das ist der eigentliche, erste und wichtigste gesetzliche Auftrag des gänzlich steuerfinanzierten Senders. Dafür wird er gebraucht und von unserer Fraktion befürwortet.

Doch seit Jahren überdehnt die Deutsche Welle diesen gesetzlichen Auftrag ebenso wie die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Deutschland selbst. Die Deutsche Welle will ein weltweit agierender Nachrichtensender sein, der »Multiplikatoren« und politische Entscheider vornehmlich auf Englisch erreicht. Abgesehen davon, dass dadurch der weitere gesetzliche Auftrag, insbesondere die deutsche Sprache zu fördern, in den Hintergrund gerät, ist diese erhebliche Auftragsüberschreitung politisch gefährlich.

Der Journalismus des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland – und auch der Deutschen Welle – überschreitet inzwischen immer öfter und bewusst die Grenzen zur Agitation. Der sogenannte »Haltungsjournalismus« will nicht nur »Haltung« offen demonstrieren, sondern auch gezielt erzeugen. Der

Antisemitismus beim Auslandsrundfunk

Deutsche Welle entlässt mehrere Israel-Hasser

Antisemitismus-Skandal bei der Deutschen Welle offenbarte, wie der »Haltungsjournalismus« Redaktionen in die Irre führen kann. Dennoch unterstützen die anderen Fraktionen im Deutschen Bundestag sowohl diese Form des parteinehmenden Journalismus als auch dessen Versuch der Einflussnahme im Ausland.

Die AfD-Fraktion lehnt einen missionarischen Journalismus grundsätzlich ab. Die aggressive Verbreitung vermeintlicher westlicher Werte, wie sie die »Wokeness« vertritt – und hinter denen sich oft linksideologische Gesellschaftsumbaupläne verbergen –, stößt in vielen Teilen der Welt auf Ablehnung. Deutschland sollte die kulturelle Identität und Souveränität fremder Staaten achten. Das muss auch uneingeschränkt für den deutschen Auslandssender gelten. Der Deutschen Welle darf keine Ermächtigung zu einer erzieherischen Nebenaußenpolitik erteilt werden.

Den wahren westlichen Werten dient dagegen ein Auslandssender, der die klassische journalistische Tugend beherzigt, sich mit keiner Sache gemein zu machen, der sich der Relativität eigener Perspektiven und Standpunkte bewusst ist und sich um Objektivität, Wahrhaftigkeit und Fairness in der Berichterstattung bemüht. Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag will in diesem Sinn auf eine innere Reform der Deutschen Welle hinwirken.

Mordaufrufe, Holocaust-Leugnung

Antisemitismus-Skandal bei der „Deutschen Welle“

Nach Antisemitismusvorwürfen

Deutsche Welle trennt sich von fünf Mitarbeitern

Der Auslandssender Deutsche Welle zieht Konsequenzen aus Fehlverhalten seiner Arabisch-Redaktion. Fünf Mitarbeiter müssen gehen. Sie waren bereits im Dezember nach Antisemitismusvorwürfen suspendiert worden.

Das bislang ungeahnte Ausmaß des Antisemitismus bei der Deutschen Welle

Den Antrag, um den Zuschuss an die Rundfunkanstalt »Deutsche Welle« neu zu evaluieren und um 86,5 Millionen Euro zu kürzen, stellte die AfD-Fraktion am 22. November 2022.

Drucksache 20/4542

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/045/2004542.pdf>



Judenfeindschaft, gebührenfinanziert: Die Deutsche Welle musste im Jahr 2022 mehrere Mitarbeiter entlassen.

»Die AfD-Fraktion lehnt einen missionarischen Journalismus grundsätzlich ab.

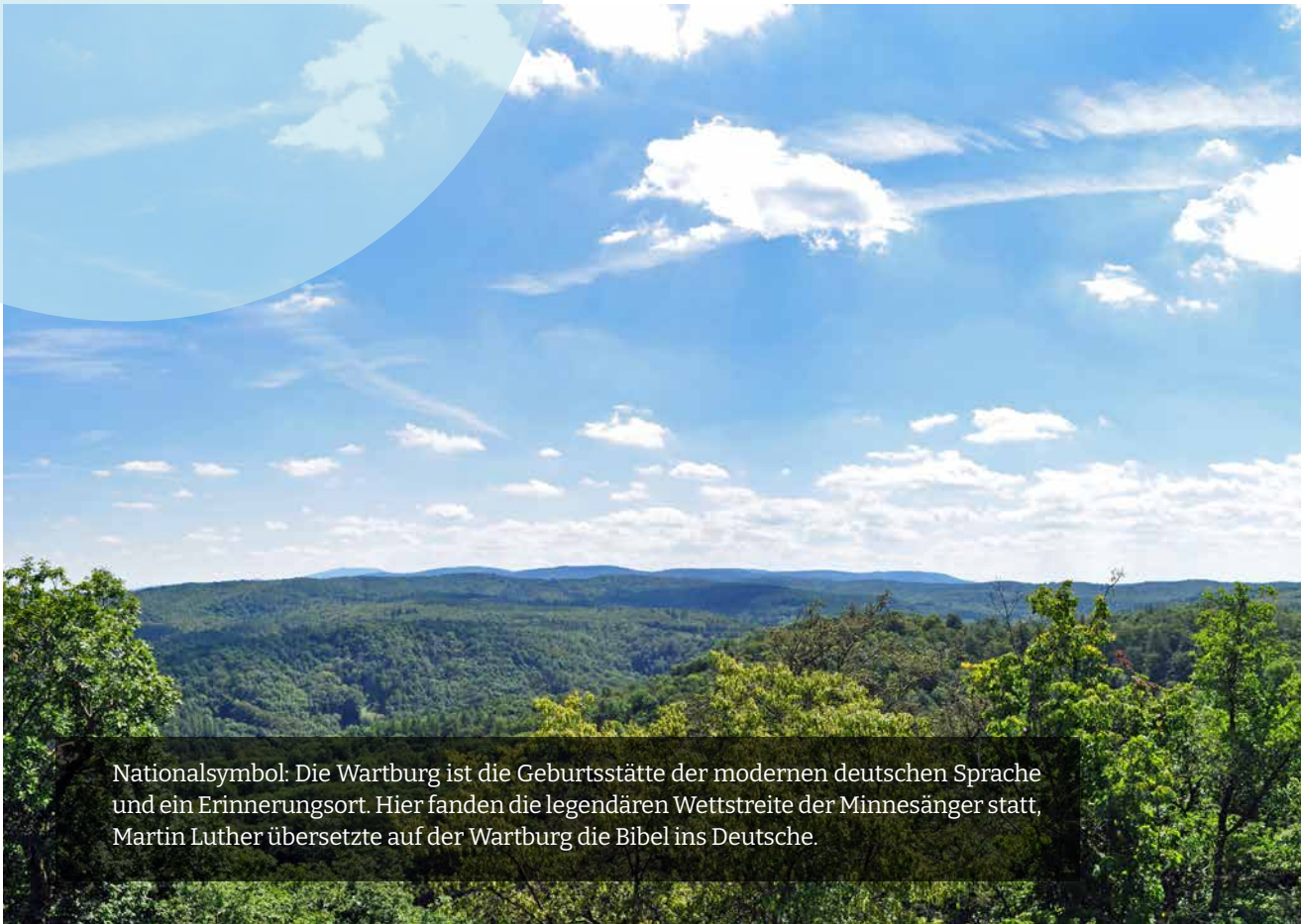
Die aggressive Verbreitung vermeintlicher westlicher Werte, wie sie die ›Wokeness‹ vertritt – hinter denen sich oft genug linke Ideologien verbergen – stößt in vielen Weltteilen auf Ablehnung. Deutschland aber fährt gut damit, die kulturelle Identität und Souveränität fremder Staaten zu achten. Die AfD-Fraktion strebt daher eine Deutsche Welle an, die sich die klassische journalistische Tugend, sich mit keiner Sache gemein zu machen, strikt zu eigen macht, sich der Relativität eigener Perspektiven und Standpunkte bewusst ist und sich um Wahrhaftigkeit und Fairness bemüht.«



Martin Renner MdB

*Medienpolitischer Sprecher
der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag*

7. Die *deutsche* Auswärtige Bildungspolitik – *Von* *Wirklichkeit*



Nationalsymbol: Die Wartburg ist die Geburtsstätte der modernen deutschen Sprache und ein Erinnerungsort. Hier fanden die legendären Wettstreite der Minnesänger statt, Martin Luther übersetzte auf der Wartburg die Bibel ins Deutsche.

Die deutsche Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik genießt in der ganzen Welt einen Ruf, der nahezu einzigartig ist. Wenn man im Ausland weilt, hört man oft, dass die Deutsch-Kurse des Goethe-Instituts, die Austauschprogramme des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, die Deutschen Auslandsschulen und die Deutsche Welle von herausragender Qualität sind. Dem deutschen Gast wird dann beispielsweise voller Stolz erzählt, dass es hier im Ausland sogar deutsches Fern-

sehen gebe, die Tochter am Goethe-Institut die deutsche Sprache erlerne oder der Sohn an einem Austauschprogramm des DAAD teilgenommen habe.

Die Menschen blicken mit großer Anerkennung auf die Arbeit der Bundesrepublik in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Heutzutage gilt das vor allem für Menschen aus Afrika, Südamerika oder Südostasien. Vor nicht allzu langer Zeit galt das aber auch

rtige Kultur- und orstellungen und



noch für unsere Nachbarn in Europa: So war es für viele junge Leute in Tschechien ein Privileg, am Goethe-Institut ihre Kenntnisse der deutschen Sprache vertiefen zu können.

7.1. Der Auftrag unserer Bildungsstätten im Ausland

Der gute Ruf unserer Kulturinstitutionen im Ausland basiert nicht auf Experimenten oder Erkenntnissen neuer Didaktik; er basiert auf

der Tatsache, dass Deutschland seit vielen Jahrhunderten eine Kulturnation ist. Auch wenn Goethe, Schiller, Beethoven und Hegel nicht immer Inhalt der ersten Unterrichtsstunden am Goethe-Institut sind, so werden doch ihre Werke – im aufklärerischen Geist und eingedenk der großen literarischen, künstlerischen und musikalischen Traditionen unserer Kultur – im Unterricht behandelt. Dass unsere nationalen Traditionen, die der heutigen Kultur in Deutschland vorangehen,

und deren stetige Weiterentwicklungen immer mitgedacht und mitvermittelt werden sollten, ist auch die Auffassung der AfD-Bundestagsfraktion zum Auftrag der Institute unserer Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Zu unserem Bedauern ist die Realität jedoch eine andere.

Die Abgeordneten der AfD-Bundestagsfraktion haben in den letzten Jahren auf fast allen Einzeldienst- oder Fraktionsreisen Institute unserer Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik besucht. Zwar werden unsere Auslandsschulen oder Goethe-Institute hervorragend geleitet; aber ihre Kernaufgabe, nämlich die

Vermittlung der deutschen Sprache und der deutschen Kultur, gerät mehr und mehr in den Hintergrund. Zu oft haben Fraktionsmitglieder erlebt, dass ihnen etwa am Goethe-Institut Programme vorgestellt wurden, die eher mit fremden Religionen, ausländischen Autoren und Musikrichtungen zu tun hatten, als mit deutscher Sprache und Kultur.

7.2. Unser Auftrag in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik

Kulturprogramme anzubieten, die überall angeboten werden können, oder an Schulen nach Lehrmethoden zu unterrichten, die überall

»Der finanziell und politisch so wichtige Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik muss reformiert werden. Dieser Ausschuss soll sich wieder dafür einsetzen, wofür er gegründet wurde: für die Förderung der deutschen Sprache und der deutschen Kultur im Ausland. Der Export von linksgrünen Ideologien sowie absurder Phantasien einer Andersartigkeit, die keiner will, gehören nicht dazu. Die Welt erwartet von uns, dass wir unsere großartige Kulturgeschichte in die Welt tragen – und nicht, dass wir versuchen, ihr unter dem Deckmantel der Kulturförderung verquere Ideologien aufzuzwingen.«



Petr Bystron MdB

Designierter Vorsitzender im Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik des Deutschen Bundestages der 19. Wahlperiode

unterrichtet werden können, ist weder die Aufgabe der Institutionen unserer Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik noch erwarten das diejenigen, die diese Institutionen besuchen – im Gegenteil: Sie kommen in die Auslandsschulen oder in die Goethe-Institute, weil sie Deutschland kennenlernen wollen.

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hat sich deshalb stets dafür eingesetzt, dass in unseren auswärtigen Kulturinstitutionen ein Umdenken erfolgt, damit dort künftig wieder unsere Traditionen und unsere Identität in den Vordergrund gerückt werden. Diesen Ansatz teilten interessanterweise auch viele Mitarbeiter unserer Auswärtigen Kulturinstitutionen, wohingegen Politiker der anderen Fraktionen im Deutschen Bundestag dafür nur Hohn und Spott übrig hatten und haben.

Mit demselben Hohn und Spott setzen sich diese Politiker auch über andere gewachsene Traditionen hinweg, wie etwa demokratische Spielregeln. In der 19. Legislaturperiode wurde der AfD-Fraktion im Bundestag über ein genau festgelegtes Vergabeverfahren der Vorsitz im Unterausschuss des Auswärtigen Ausschusses für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) zugewiesen. Obwohl wir damit Anspruch auf das Amt des Ausschussvorsitzenden hatten, wurde der von unserer Fraktion vorgeschlagene Kandidat von den Mitgliedern des Ausschusses in einer Abstimmung abgelehnt. Dies war ein Novum in der Geschichte der Bundesrepublik. Über eine ganze Legislaturperiode hat man der

AfD-Fraktion auf diese Weise den Vorsitz im Unterausschuss für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik verweigert.

In Anbetracht dieses undemokratischen Vorgehens stellt sich die Frage, wie es beispielsweise auf Stipendiaten des DAAD-Programms – das unter anderem mit dem Helmut-Schmidt-Programm die Förderung von Führungskräften aus Entwicklungs- und Schwellenländern unterstützt, »die für Demokratie und soziale Gerechtigkeit eintreten möchten« – wirken muss, wenn im Parlament der Bundesrepublik Deutschland grundlegenden demokratischen Gepflogenheiten nicht mehr gefolgt wird.

7.3. Unsere Erfolge im Ausschuss für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik

Trotz des Einsatzes der im Ausschuss für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik tätigen AfD-Abgeordneten konnten zwar zahlreiche fehlgeleitete Initiativen im Sinne einer sogenannten wertebasierten Außenpolitik nicht verhindert werden, aber es ist gelungen – sozusagen als Wachposten für die deutsche Sprache und Kultur –, einige »queere« Argumente unserer politischen Gegner zu entkräften. Vor allem aber haben unsere Abgeordneten die Gelegenheit genutzt, um mit zahlreichen Vertretern der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik intensive Gespräche zu führen. Wir haben Goethe-Institute, Einrichtungen des Deutschen Archäologischen Instituts, des Deutschen Akademischen Austauschdienstes und selbstverständlich auch die Auslandsschulen besucht und sind dabei stets für unsere politischen Vorstellungen eingetreten: für die Wahrung unserer Kultur, für unser Land und für unsere Identität.

Das deutsche Auslandsschulwesen ist seit dem Bestehen der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag Gegenstand vieler ihrer parlamentarischen Initiativen. So fragt die AfD-Fraktion in einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung vom 26. Juni 2019 nach der »Förderung von Schulen im europäischen und nichteuropäischen Ausland«.

Drucksache 19/13626

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/136/1913626.pdf>



8. Die Freiheit, die

Die AfD-Bundestagsfraktion erreichen zahlreiche Anfragen zu der von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock und Staatsministerin für Kultur und Medien Claudia Roth forcierten Kulturpolitik, die das Renommee Deutschlands im Ausland zusehends negativ prägt. Matthias Moosdorf MdB, Obmann der Fraktion im Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, erläutert in der nachfolgenden Tour d'Horizon die grundlegende Haltung der Fraktion zu einer auswärtigen Kulturpolitik im deutschen Interesse.

Als der Blankenburger Gymnasiallehrer Oswald Spengler seine Epoche betrachtete, hatte er – anders als Karl Kraus zur etwa gleichen Zeit – nicht nur Hohn und Spott für sie übrig. Vielmehr interessierten ihn die Analogien zum Aufstieg und Niedergang anderer Kulturen, der Kreislauf des Lebens im Spiegel der Gesellschaftsgeschichte. Folgt die Menschwerdung einer stetigen Höherentwicklung? Das ist alles andere als zwingend. Was nach Rom kam in Europa, war dunkel und kalt – und das für Jahrhunderte.

Spengler fand heraus, und das mag hier als kurze Einleitung genügen, dass dem Sturz der jeweiligen Zivilisation der Niedergang der sie tragenden Kultur vorausgeht. Also das, was wir seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts in den verschiedenen geistigen Sphären registrieren und seit 1968 ganz bewusst auf allen gesellschaftlichen Ebenen orchestrieren. Das Verschwinden des Sakralen aus dem Leben der Menschen, die pure und damit überhebliche Wissenschaftsgläubigkeit, ist nichts anderes als der enthemmte Triumph des Profanen, der tiefe Fall von der Höhe einer großen Kultur in die bloße Zivilisation.

Dass Letztere keine Sinnstiftung mehr entfaltet, haben wir anfangs beklagt, dann wur-

den von Teilen der neuen Elite Geschichten gestrickt, die das Gehabe von Vielfalt, Transhumanismus und globaler Vermischung in ein neues Höherentwicklungs-Postulat, in vom Westen geschriebene sogenannte universelle Werte zu übersetzen versuchten. Mit Geld und Gewalt – immer die »Menschheit« im Munde führend – und der imperialen Attitüde »wertegeleiteter« Politik trug der Westen diese Agenda in die Welt. Dass die eigenen

Ansprüche dabei ständig mit Füßen getreten werden, dass die Macht- und Hegemonialinteressen noch nicht einmal mit einer gewissen Mühe verborgen werden, dass die meisten Länder und Völker die Motive durchschauen und die Übernahme des westlichen Modells ablehnen, diskutieren wir regelmäßig weg: Sie müssen eben noch von unseren Ideen überzeugt werden.

Die von Olaf Scholz aufgerufene »Zeitenwende« wäre vor allem dann als treffende Beschreibung gerechtfertigt, wenn dahinter die bisherige Kulmination des Eindringens der links-grünen Ideologie in die Praxis

der Bundesregierung gemeint ist: die geplante Wohlstandsvernichtung zum angeblichen Schutz des Weltklimas, das geplante Ende des Wachstums als endgültige Erledigung einer als Feind ausgemachten Sozialen Marktwirt-



Der Überbringer der schlechten Nachricht wird seit Jahrtausenden bestraft. Laokoon warnte die Trojaner vor dem hölzernen Pferd – vergeblich. (Laokoon-Gruppe im Vatikan)

wir meinen

schaft, das Primat von Haltung gegenüber Bildung, die Gleichmacherei von Allem und Jedem mit der Orientierung nach unten, das Setzen von Ideologie über Wissenschaft usw.

All das ist nur zu haben, wenn man der Kultur schon lange abgeschworen hat. Jede Tradition, auch als Auslese von Bewährtem verstanden, würde sich einem solchen Angriff entgegenstellen – wenn es sie denn noch gäbe. Ohne Kultur, ohne Tradition, ohne Wertegerüst und

ohne Sinnstiftung sind Menschen wie leichte Segelschiffe im Ozean: Man ist glücklich, den nächsten Tag zu erleben.

Was aber, wenn nun auch noch die letzte Bastion des Westens, die Freiheit, der Ausgangspunkt unserer individuellen Lebensentwürfe, zur hohlen Phrase, zur bloßen Karkasse, zu einem Zerrbild von Anspruch und Wirklichkeit verkommen ist? Was, wenn unser aller Lebensqualität in einem selbstbestimmten

»Selten waren in den letzten Jahren die Zeichen so eindeutig: Die linken Ideen haben ihre Zeit gehabt und sich als das herausgestellt, was sie immer waren: Verkündungen einer Gerechtigkeit, die nur umverteilt, was ihre erklärten Gegner erst geschaffen haben. Die freie Marktwirtschaft, die Nation, die Familie, die Tradition, das Wissen, der Wettbewerb – zu diesen Errungenschaften der modernen Welt verhält sich die Linke parasitär. Denn ohne derlei Tugenden gäbe es nichts zu versprechen. Wer die freiheitliche Gesellschaftsordnung abschaffen will, und sei es nur wegen der Rettung der Welt, wer die Demokratie mit Verboten überzieht, wer die Meinungsvielfalt mit Übermoral beschneidet und den Diskurs verengt, wird langfristig auch kulturell scheitern.«



Matthias Moosdorf MdB

*Mitglied im Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
des Deutschen Bundestages*

Leben nur noch das letzte Relikt einer Gesellschaft ehemals mündiger Bürger ist, deren Eliminierung die globalistische Klasse längst beschlossen hat?

Bisher konnte man sagen – und das hat bei allen Verlusten im Zuge der Wiedervereinigung dieses Deutschland erträglich gemacht –: Schau, ein Auto, ein Flachbildfernseher, zweimal im Jahr in den Urlaub, mit etwas Glück ein Haus, in welchem Teil der Welt ist das noch möglich? Konsum und Bedürfnisbefriedigung, der angenehme kleine Luxus. Aber damit hungern die Menschen nicht mehr wie 1918, sondern sind verfettet, am Körper und am Geiste. In dieser Disposition kann man an ihnen (fast) alles machen.

Was taugt also der Geist der Freiheit noch, wenn die Bewegung eingeschränkt, die Selbstbestimmung ausgehebelt, der Weg des persönlichen Aufstiegs versperrt und der Wohlstand bewusst vernichtet wird? Was, wenn der Blick auf das zukünftige Wohl unserer Kinder nur noch schwarz ist und wir von der Hand in den Mund leben sollen? Was bedeuten unsere Werte noch, wenn die Menschen, Familien, im einzigen beheizten Raum ihrer Wohnung und gebeugt über die einlaufenden Rechnungen verzweifeln, weil sie ihr Leben auch mit Arbeit nicht mehr finanzieren können? Reisen sind passé, das Auto ist ein Auslaufmodell, das Internet zensiert, das freie Wort bedroht und das Stück Fleisch wird wahrscheinlich unerschwinglich werden – aber wir sollen die Freiheit der westlichen Welt verteidigen? Eine Freiheit, der Geschlechterwechsel und anderer hysterisch vorgetragener Minderheiten-Zinnober ausreichen sollen?

Wir sind am Ende einer Geschichte angekommen, das letzte Kapitel vollzog sich schnell und gleicht mehr einem Sturz als einer Entwicklung. Wer jetzt noch immer Vertrauen in Institutionen kultiviert, in einen Parlamentarismus, der längst durch das Eigenleben der vom Parteienstaat und den Staatsparteien gepamperten linken Zivilgesellschaft zur Alibi-Veranstaltung gestutzt wurde, der hat den Zeitgeist nicht verstanden. Der Bürger soll ruhig und »untergehakt«, wieder einmal zur Volksgemeinschaft verschmolzen, seinem definierten Ende entgegenfiebern, weil sein Ende als frei handelndes und frei wirtschaftendes Individuum die Klimabilanz verbessere, während die Verbreiter dieses ir-

ren Gesinnungszwangs mit unsanktionierter Gewalt im Stile der Antifa ihre Ziele verfolgen. Die Bundesregierung verschenkt Almosen, die sie uns allen vorher trickreich aus der Tasche gezogen hat.

Die Scheinopposition sprach (mit der Stimme von Friedrich Merz) den unzufriedenen Europäern im Winter 2020/2021 das Demonstrationsrecht ab, so geschehen und klaglos toleriert im Bundestag. In England bricht das Gesundheitssystem zusammen, sechzig Prozent der Unternehmen stehen laut Bloomberg vor der Zahlungsunfähigkeit. Unser grüner Märchenonkel würde sagen, sie sind nicht insolvent, sie können nur ihre Rechnungen nicht bezahlen. In anderen Ländern und zu anderen Zeiten hätte man einen Minister für eine solche Aussage geteert und gefedert, wenn er Glück hätte nur symbolisch. Heute schauen wir darüber – wertegeleitet – hinweg.

Wie lange noch? Und warum eigentlich? Was uns bleibt, ist noch nicht einmal Zeit. Denn vielleicht ist es bald zu spät. Für uns sowieso, aber eben auch für unsere Kinder! Freiheit, wie ich sie meine und wie sie, mit Verantwortung betrachtet, ausschließlich Sinn ergibt, wird nicht geschenkt. Sie wird errungen! Zur Not immer wieder! Zuerst vielleicht von einer kleinen, erkenntnisgeleiteten Minderheit, die sich aber immer auf die Grundrechte unseres Grundgesetzes berufen kann. Diesem Ringen um die Freiheit ist (fast) jedes Mittel gestattet. Alles andere sind Organisationsfragen.

Goethe lässt seinen Faust zum Schluss den Satz sagen: »Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muss.« Heute ist sie bedroht wie noch nie in der Geschichte dieser Republik.

Worauf warten wir also?



In ihren Anträgen vom 7. Mai 2020 »Grundrechten trotz Corona wieder Geltung verschaffen – Versammlungs- und Religionsfreiheit auch während einer epidemischen Lage sichern« sowie »Grundrechten wieder Geltung verschaffen – Keine Datensammlung durch eine Corona-App« brachte die AfD-Fraktion ihren Widerstand gegen die Einschränkung der Grundrechte während der Corona-Pandemie zum Ausdruck.

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/189/1918976.pdf>
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/189/1918977.pdf>



Drucksache 19/18976



Drucksache 19/18977

Die Widersprüche der sogenannten »wertegeleiteten« bzw. »feministischen Außenpolitik« macht die AfD-Fraktion unter anderem in ihrer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung vom 28. März 2023 zum Thema.

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/061/2006169.pdf>



Drucksache 20/6169

In ihrem Antrag vom 16. Dezember 2020 »Wissenschaft von Ideologie befreien – Förderung der Gender-Forschung beenden« wendet sich die AfD-Fraktion gegen ideologisch motivierte Ansätze in den Humanwissenschaften.

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/253/1925312.pdf>



Drucksache 19/25312

Im Vorfeld des von der Bundesregierung geplanten Selbstbestimmungsgesetzes, mit dem künftig transgeschlechtliche, intergeschlechtliche und nicht-binäre Menschen ihren Geschlechtseintrag im Personenstandsregister per einfacher Erklärung ändern lassen können sollen, verlangt die AfD-Fraktion in ihrer Kleinen Anfrage vom 22. September 2022 Auskunft zu Transsexualität und Geschlechtsdysphorie.

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/035/2003597.pdf>



Drucksache 20/3597

Der »Entwurf eines Zwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes« sowie der Antrag zur »Beschaffung neuer Brennelemente für die noch in Betrieb befindlichen deutschen Kernkraftwerke – Sicherstellung des Betriebs der Kernkraftwerke im Winter 2023/2024« vom 28. März 2023 enthalten die Antwort der AfD-Fraktion auf die von den Altparteien vorangetriebene »Energiewende« und die damit einhergehenden steigenden Energiepreise. In beiden Dokumenten fordert die AfD-Fraktion, die Wohlstandsvernichtung aufzuhalten und deshalb die Kernkraftwerke zur Stromerzeugung nicht abzuschalten bzw. weiter zu betreiben.

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/061/2006190.pdf>
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/061/2006189.pdf>










Drucksache 20/6190



Drucksache 20/6189



FOLGEN SIE UNS

-  [AfDBundestag.de](https://www.afdbundestag.de)
-  fb.com/AfDimBundestag
-  [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)
-  [youtube.com/
AfDFraktionimBundestag](https://youtube.com/AfDFraktionimBundestag)
-  [instagram.com/
afdimbundestag/](https://instagram.com/afdimbundestag/)
-  [tiktok.com/
@afdfraktionimbundestag](https://tiktok.com/@afdfraktionimbundestag)
-  Rundbrief-Abonnement:
<https://t1p.de/ycsg>



Herausgeber:

Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag
vertreten durch den Fraktionsvorstand

Kontakt:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bürgerbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57 141
Telefax: 030 227 56 349
E-Mail: buerger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion: Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Stand: Oktober 2023

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information.
Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.